

Sitzung des Stadtrates Chemnitz vom 14.11.2007
Verlegung der Albert-Schweitzer-Mittelschule

Redebeitrag Volkmar Zschocke, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin in einer Karl-Marx-Städter Plattenbausiedlung aufgewachsen und 10 Jahre in so eine Schule wie die Albert-Schweitzer-Schule gegangen. Als ich volljährig war, bin ich dort weggezogen. Hinziehen werde ich heute wohl nicht mehr. Das ist meine persönliche Lebensentscheidung.

Meine Damen und Herren, jeder wünscht sich, das persönliche Lebensentscheidungen und die Gründe dafür akzeptiert werden. Uns liegt heute eine Beschlussvorlage vor, bei der es auch um Lebensentscheidungen geht. Entscheidungen von Menschen, nach der Wende nicht aus den Plattenbauten in Markersdorf Süd auszuziehen. Entscheidungen von Familien, viele Jahre später dort hinzuziehen und diese Siedlung zu ihrem Lebensmittelpunkt zu machen. Und vor allem geht es um die Lebensentscheidungen von Menschen, die mit Arbeitskraft und Geld in einer Genossenschaft so etwas wie Wohneigentum für sich und ihre Kinder geschaffen haben.

Wir Stadträte haben diese Lebensentscheidungen nicht nur zu akzeptieren, nein wir müssen diese auch bei unseren kommunalpolitischen Entscheidungen berücksichtigen. Das ist der zentrale Grund dafür, warum Stadtumbau nicht vom Reisbrett aus gemacht werden kann. Die zunehmend dezentrale, zergliederte, teilweise ineffiziente und unökonomische Struktur unserer Stadt ist eben auch das Abbild der zum Teil völlig verschiedenen Lebensentscheidungen ihrer Bewohner.

Abgekoppelt vom planerischen Idealmodell des Stadtumbaus wurden von der Wohnungsgenossenschaft Einheit im letzten Jahrzehnt in Markersdorf Süd Tatsachen geschaffen, die durch die Lebensentscheidung vieler Menschen positiv nachvollzogen wurden und werden. Das kann man gut oder schlecht finden. Man muss es aber zur Kenntnis nehmen, wenn man sich aufmacht einen zentralen infrastrukturellen Bestandteil – das ist nun mal die Schule – aus diesem Wohngebiet herauszuberechnen.

Gleichzeitig müssen alle zur Kenntnis nehmen, dass in einer Stadt, die nach wie vor Einwohner verliert, nicht in jedem verbleibenden Siedlungsbereich eine vollständige Infrastruktur mit Kindergarten, Schule, Nahverkehrsanschluss, breiten Straßen, Wegen und Grünanlagen öffentlich finanzierbar ist.

Finanzierbar wäre eine kompakte nach innen verdichtete Stadt, ohne ausufernde Randsiedlungen, mit Schulen im Kernbereich, eine Stadt der kurzen Wege mit einem dichten ÖPNV-Netz und viel viel weniger PKW-Verkehr. Demokratisch umsetzbar ist dieses Modell kaum. Das ist das Dilemma jeder schrumpfenden europäischen Stadt.

Deswegen müssen wir diejenigen, die Randsiedlungen etablieren auch für die Infrastruktur dort in die Pflicht nehmen. Die WG Einheit hat nicht nur bei der Schule gezeigt, dass sie sich dafür in die Pflicht nehmen lässt. Dies sollte die Verwaltung nun mit dem Wohnungsunternehmen konsequent zu Ende diskutieren und ein Modell entwickeln, bei dem der WG Einheit noch mehr Verantwortung für das sanierungsbedürftige Schulgebäude übertragen werden kann. Genau in diese Richtung zielt unser Änderungsantrag. Am Abschluss dieser Verhandlung könnte ein Ergebnis stehen, bei dem alle – Kinder, Eltern, die Stadt und das Wohnungsunternehmen profitieren.

Die Verhandlungsposition der Stadt ist nicht schlecht: Denn die Einheit hat ein existenzielles Interesse an der Schule. Kommt es zu keinem Ergebnis, hat die Stadt einen bereits sanierten Standort vorrätig.

Unterstützen Sie daher unseren Änderungsantrag und geben Sie den Eltern und dem Wohnungsunternehmen die Chance, mehr – auch finanzielle Verantwortung – für die Infrastruktur in ihrem Stadtteil zu übernehmen.